

AUSGABE APRIL 2010

ver.di

vau

**UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER**

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links



**Beschäftigte
unter Druck**

Arbeiten bis zum Umfallen

Seite 6:

Berliner Tarifrunde

Unter Druck durch Überdruck



Steigende Arbeitsbelastung in den Berliner Finanzämtern

Die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern kämpfen seit Jahren mit einer permanent steigenden Arbeitsbelastung. Der Druck auf sie wächst kontinuierlich. Weder die Senatsverwaltung für Finanzen (SenFin) noch die Amtsleitungen steuern bisher dagegen, ein Ventil ist nicht in Sicht.

SenFin hat schon vor Jahren politisch entschieden, dass 9 Kolleginnen und Kollegen völlig ausreichen, um die Arbeit von 10 Beschäftigten zu bewältigen. Mit 90 Prozent des bereits viel zu knapp errechneten Personalbedarfs soll der Laden am Laufen gehalten werden. Zugleich wächst entgegen aller Fensterreden die Flut der Steuervorschriften ungebremst weiter. Untaugliche Um-

organisationen, unzureichende Fortbildungsangebote und eine mangelhafte IT-Unterstützung verstärken die Belastungen und erschweren die Arbeit zusätzlich. ver.di fordert SenFin auf, jetzt endlich gegenzusteuern, für mehr Einstellungen von Anwärtinnen und Anwärtern zu sorgen und das Personal endlich so zu bemessen, wie es zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist.

Die meisten Vorsteherinnen und Vorsteher befinden sich trotz der besorgniserregenden Arbeitssituation in den Finanzämtern eher in einem Konkurrenzkampf um den besseren Statistikplatz als um die besseren Arbeitsbedingungen und das bessere Klima. Sie geben die in den Zielvereinbarungen festgeschriebenen Vorgaben von SenFin meist ungefiltert weiter. Dabei könnten sie durchaus etwas tun. Sie hätten die Möglichkeit, ihren Blick von den Tabellenplätzen und Statistikranglisten auf die Menschen zu lenken und sich ernsthaft um die Gesundheit ihrer Beschäftigten und um die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege, aber auch der Arbeitsbedingungen und -organisation insgesamt zu kümmern. Ein erster

Schritt wäre es schon, alle Höhergruppierungs- und Beförderungsmöglichkeiten in ihren Ämtern auch auszunutzen, auf (heimliche) Krankenrückkehrgespräche zu verzichten und den Beschäftigten auch ihrerseits mehr Anerkennung entgegenzubringen.

Zu allem Überfluss müssen die Kolleginnen und Kollegen auch noch mit einer mangelnden Wertschätzung des Senats von Berlin fertig werden, die in einer deutschlandweit einmalig schlechten Bezahlung, einer schleppenden Beihilfearbeitung und dumpfer Kritik am öffentlichen Dienst insgesamt zum Ausdruck kommt.

Trotz alledem bemühen sich die Kolleginnen und Kollegen unablässig, die 100 Prozent immer wieder zu erreichen und setzen dabei oft ihre Gesundheit aufs Spiel. Der besonders hohe Krankenstand in den Finanzämtern ist der sichtbare Beleg für dieses Verhalten und gibt längst Anlass, sich ernsthaft Sorgen zu machen. Und der hohe Altersdurchschnitt der Beschäftigten verschärft die Situation noch.

Aber auch andere Folgen sind zu beklagen. Die Qualität der Arbeit muss zwangsläufig leiden, wenn zu wenig Personal eingesetzt wird. Einnahmeverluste und eine dramatisch abnehmende Steuermoral sind die messbaren Folgen.

Die Diskrepanz zwischen Gesetzestreue und Statistikdruck, das Schönreden der Verhältnisse und der Alltag des mangelnden Gesetzesvollzugs sind unerträglich. Nach außen erweckt der Senat den Eindruck, als würde der öffentliche Dienst die Gesetze vollziehen können; die Wirklichkeit zeigt ein anderes Bild. Der öffentliche Dienst wird gegen die Wand gefahren, sei es aus Vorsatz oder aus Ignoranz oder aus Unvermögen.

Mies ist das Abschieben der Verantwortung auf die untere Ebene. Wenn etwas schiefgeht, dann haben die Kolleginnen und Kollegen vor Ort versagt. Oben ist ja alles in Ordnung. Fachgeschäftsprüfungen und Rechnungshof lassen grüßen.

ver.di sagt: Das Tabu „Mehr Personal im öffentlichen Dienst darf es nicht geben“ muss gebrochen werden. Gesetzliche Aufgabenerfüllung erfordert mehr Personal. Von einer schwachen Steuerverwaltung profitieren nur Gesetzesbrecher und Großverdiener.

Die Arbeitsbelastung steigt ...

Chancen schaffen

Schlaglicht

Längst machen sich Unternehmen und Verwaltung Gedanken, wie sie dem drohenden Fachkräftemangel begegnen und wie sie sich als Arbeitgeber präsentieren, um die besten BewerberInnen zu bekommen. Die Berliner Verwaltung macht da keine Ausnahme. Doch bereits zum zweiten Mal konnten die Ausbildungsplätze im mittleren Dienst nicht vollständig besetzt werden. Sicher, es sind Initiative und Kreativität gefragt, um als Senatsverwaltung für Finanzen herauszustechen. Im Gespräch mit dem Finanzsenator konnte ver.di zumindest erreichen, dass wir früher starten und nicht mehr die letzten bei der Suche nach geeigneten BewerberInnen sind. Und es gibt erstmals Werbeflyer und -plakate. Das ist ein Anfang, aber reicht offensichtlich noch nicht aus. Wenn der Personalbestand nicht erheblich unter die von der Senatsverwaltung vorgegebene 90-%-Grenze des PersBB-Ergeb-

nisses rutschen soll, müssen mindestens 250 AnwärterInnen jährlich eine Ausbildung beginnen. Nur so können die jährlich Ausscheidenden ersetzt werden, und das hatte Senator Nußbaum zugesagt. Aber selbst dann bleibt es ein ehrgeiziges Unterfangen, den Personalstand in den Finanzämtern wenigstens zu halten. Jetzt rächt sich, dass in der Vergangenheit sogar AnwärterInnen, die ihre Prüfung mit „befriedigend“ bestanden haben, nicht weiterbeschäftigt wurden. Ich denke, dass auch jene, die die Prüfung mit „ausreichend“ abgelegt haben, mit Zeitarbeitsverträgen eine Chance bekommen sollten. Die Verwaltung kann dann testen, ob sie sich für die Arbeit im Finanzamt eignen. Was in Bayern und in anderen Bundesländern geht und auch bei uns früher praktiziert wurde, darf kein Tabu mehr bleiben.

Ihr Klaus-Dieter Gössel



Klaus-Dieter Gössel
Vorsitzender der
Fachkommission
Steuerverwaltung
ver.di Berlin

ANZEIGE

¹⁾ Bei entsprechender Bonität
²⁾ Kondition freibleibend
³⁾ Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindesteinkang)

Abruf-Dispokredit¹⁾
bis zum 6-Fachen
Ihrer Nettobezüge
7,99 % p. a.²⁾

0,- Euro Bezügekonto

- Kostenfreie Kontoführung und BankCard
- Regelmäßiger und kostenfreier Ratgeber „Rund ums Geld im öffentlichen Sektor“ und E-Mail-Newsletter
- Bequemer Kontowechsel für Ihr bisheriges Konto
- Kostengünstige Verfügungsmöglichkeiten an 100 Geldautomaten in Berlin

+ Abruf-Dispokredit^{1) 3)}

+ DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif

Jetzt Informieren:

Maïke Hanke, Kundenberaterin Öffentlicher Dienst
Mobil 01 72/6 79 74 73, E-Mail maïke.hanke@bbbank.de

Mindestens
40 % Rabatt
vom Ausgabeaufschlag
bei 100 %iger Garantie
aller eingezahlten Beiträge
und Zulagen zum Beginn
der Auszahlphase für
Beschäftigte im öffent-
lichen Dienst und deren
Angehörige.



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst



Jugend wählt



Die ver.di-Jugendgruppe tritt auch in diesem Jahr zu den Wahlen der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung der Berliner Finanzämter an. Nach sechs Jahren erfolgreicher Jugendvertretung wissen wir, dass es sich lohnt, für Interessen einzutreten und ein gemeinsames Ziel zu verfolgen. Unsere Praxis, gewerkschaftlich organisierte und nichtorganisierte KollegInnen auf unserer Liste 1 zu vereinen, hat bereits in den letzten Jahren dazu beigetragen, engagierte Interessenvertretung mit viel

Spaß an der Sache nachhaltig zu verbinden. Wir haben in den vergangenen Jahren durch kontinuierliche Zusammenarbeit mit anderen Interessenvertretungen ein Netzwerk aufgebaut, das es uns ermöglicht, effektiv und im Interesse der Auszubildenden zu handeln.

Mit unseren KandidatInnen haben wir sowohl KollegInnen, die bereits auf eine langjährige Erfahrung in Sachen Jugendarbeit zurückblicken können, als auch

neue engagierte KollegInnen, die sich gerade selber in der Ausbildung befinden und somit nah am Geschehen sind und vor Ort handeln können.

Wenn es in den nächsten zwei Jahren um Deine Ausbildung und Deine Übernahme geht, werden wir Ansprechpartner sein und Dich sowohl in der praktischen Zeit im Finanzamt als auch in der theoretischen Zeit in der FH Königs Wusterhausen unterstützen.

Wähle uns am 28. April 2010, dann gibt's 'ne starke Jugendvertretung für Dich und Deine Interessen.

**Liste 1 ver.di
und Nichtorganisierte**

Die Liste

1. **Martin Westendorf**
26 Jahre, Finanzamt für Körperschaften III Betriebsprüfer
2. **Katharina Mund**
26 Jahre, Finanzamt Friedrichshain- Kreuzberg, Sachbearbeiterin
3. **Michael Jaekel**
25 Jahre, Finanzamt Treptow- Köpenick, Bearbeiter
4. **Richard Kummert**
25 Jahre, Finanzamt für Körperschaften III, Sachbearbeiter
5. **Wiebke Podßuweit**
21 Jahre, Finanzamt Zehlendorf, Finanzanwärtlerin
6. **Thomas Mielke**
20 Jahre, Finanzamt Charlottenburg, Finanzanwärter
7. **Michaela Klimmek**
25 Jahre, Finanzamt Spandau, Bearbeiterin



Nerven behalten – Isolation beendet

Nach sieben Jahren der Tariffucht durch den Berliner Senat ist mit der Zustimmung der ver.di-Mitglieder zum Eckpunktepapier vom 9. Februar 2010 der tarifliche Berliner Sonderweg beendet worden. Mit dem jetzt erzielten Verhandlungsergebnis ist der Wiedereintritt des Landes Berlin in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) beschlossene Sache. Damit gelten alle bundesweit erzielten Tarifergebnisse künftig unmittelbar auch in Berlin, und die Berliner Beschäftigten können wieder gemeinsam mit ihren KollegInnen in den anderen Bundesländern für bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen streiten und streiken. Die Friedenspflicht für den jetzt erzielten Kompromiss endet, anders als oft behauptet wird, nicht erst 2017, sondern bereits 2011.

Schon Mitte 2009 hatte ver.di den Senat zur Aufnahme von Tarifverhandlungen für die Zeit nach dem 1. Januar 2010 aufgefordert, damit die Berliner Landesbeschäftigten nicht länger von der Einkommensentwicklung der übrigen Bundesländer abgekoppelt bleiben.

Für ver.di war bereits zu diesem Zeitpunkt klar, dass damit – zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung – auch ein Ende der Tarifmauer in Berlin verbunden sein muss (siehe auch vau Ausgabe Juli 2009). Das wurde nun erreicht: die völlige Gleichstellung des Tarifgebiets Ost mit dem Tarifgebiet West in 2011 einschließlich der Regelungen zur Unkündbarkeit und der Anhebung der Jahressonderzahlung. Für die Ost-Beschäftigten in Berlin gelten damit erheblich bessere Bedingungen als für die Beschäftigten in den anderen neuen Ländern. Ab 1. August 2011 wird die Wochenarbeitszeit einheitlich auf 39 Stunden festgelegt.

Weihnachts- und Urlaubsgeld werden zu einer Jahressonderzahlung zusammengefasst. Diese ist einkommensabhängig gestaffelt und wird mit dem Novembergehalt ausgezahlt. Beschäftigte, die bisher in der Vergütungsgruppe Vc BAT/BAT-O (künftig Entgeltgruppe 8 TV-L) oder darunter eingruppiert sind, erhalten ab 2011 95 % ihres Monatseinkommens, ab der Vergütungsgruppe Vb bis Verg.Gr. III BAT/BAT-O (künftig Entgeltgruppe 9 bis 11 TV-L) sind es 80 %. Die Jahressonderzahlung ist nun wieder dynamisch, das heißt, jede Vergütungserhöhung wirkt sich auch auf die



Höhe der Jahressonderzahlung positiv aus.

In 2010 bleibt bei Vergütung, Arbeitszeit und Weihnachts- und Urlaubsgeld zunächst alles beim Alten. ver.di konnte sich mit der Forderung, bereits für dieses Jahr eine Einkommenserhöhung zu vereinbaren, leider nicht durchsetzen. Am 20. Januar 2010 hatte der Senat zwar noch 1,2 % Erhöhung ab Oktober 2010 angeboten, dies aber mit einer Erhöhung der Arbeitszeit im Westteil verknüpft, was für die Beschäftigten dort im Saldo keine Verbesserung bedeutet hätte. Es war gut, dass ver.di am 20. Januar 2010 die Nerven behalten hat. Während andere verkündet haben, dass sie das zu diesem Zeitpunkt vorliegende Senatsangebot unverändert unterschrieben hätten, hat sich ver.di auch nicht durch öffentliche Polemik beeindrucken lassen.

Dank ver.di wurde nun ein deutlich besserer Abschluss erzielt, auch wenn der noch einige Wünsche offen lässt. Während das Senatsangebot vom Januar 2010 noch eine Angleichung an das Tarifniveau der anderen Länder in Tappschritten von 0,5 % über >>



ver.di-Demonstrationen:

Auf der Oberbaumbrücke am 4. Juni 2009 (oben)

Auf dem Fehrbelliner Platz am 9. Februar 2010 (unten)

Fortsetzung von Seite 5

mehr als 10 Jahre vorsah und das nicht einmal verbindlich, erreichen wir nun 97 % bereits am 1. August 2011 und 100 % mit absoluter Gewissheit, weil tarifvertraglich vereinbart, spätestens in 2017.

Hätte sich ver.di im Januar nicht standhaft gezeigt, hätte es weder die spürbare Erhöhung in 2011 noch die Vereinbarung einer zuverlässigen Angleichung auf 100 % bis spätestens 2017 gegeben.

In Anbetracht der ab 2016 auch für das Land Berlin geltenden „Schuldenbremse“ wäre eine unverbindliche Absprache mit dem Senat unverantwortlich gewesen. Bis dahin müssen nämlich alle öffentlichen Haushalte drastisch nach unten gefahren werden.

Tarifbeschäftigte, die sich bereits im Bewährungsaufstieg nach BAT/BAT-O befinden, müssen die Hälfte ihrer Bewährungszeit erst am 1. August 2011 abgeleis-

tet haben, damit der Bewährungsaufstieg noch wirksam wird, obwohl der TV-L bereits zum 1. April 2010 in Kraft gesetzt wird. Das ist nicht nur eine weitere Verbesserung zum Angebot vom Januar, sondern auch eine günstigere Regelung als in den anderen Bundesländern.

Es war richtig, die Tarifverhandlungen auf Grundlage der Vereinbarungen vom 9. Februar 2010 nun zum Abschluss zu bringen. Tarifverhandlungen sind leider kein Wunschkonzert, sondern enden immer mit einem Kompromiss. Da muss dann eingeschätzt werden, wann noch etwas geht und wann das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Dieser Zeitpunkt war jetzt erreicht.

ver.di fordert nun, das Tarifiergebnis inhalts- und wirkungsgleich auf die BeamtInnen zu übertragen. Auch ihre Abkoppelung in der Besoldung muss jetzt endlich beendet werden.

Veränderungen im Leitungsbereich bei SenFin Klaus Wilzer, GPR-Vorsitzender, im Interview



vau: In der Senatsverwaltung für Finanzen sind im Leitungsbereich Spitzenbeamte ausgeschieden. Welche Auswirkungen hat das für die Finanzämter?

Klaus Wilzer: Um es beim Namen zu nennen: Der Abteilungsleiter für den Personalbereich Dobberke hat in vielerlei Hinsicht überzogen. Finanzsenator Nußbaum hat sich wohl auch deshalb von ihm getrennt – wie ich finde zu Recht. Mit Herrn Dobberke ist kein Freund der Finanzämter gegangen. Die Trennung werden wir gut verschmerzen. Sein Stellvertreter Herr

Skrodzki ist in den vorzeitigen Ruhestand gegangen. Diese Entscheidung war bereits seit längerer Zeit bekannt. Ich wünsche mir für beide Positionen Nachfolger, die die Berliner Finanzämter und deren Beschäftigte zu schätzen wissen.

vau: Was meinst Du damit?

Klaus Wilzer: Ich erwarte, dass künftig Entscheidungsspielräume wieder ausgeschöpft werden, weil es schließlich bei jeder Entscheidung nicht nur darum gehen darf, was sachlich richtig ist, sondern auch, was menschlich sinnvoll ist. So hätte man z. B. längst alle Teil-

zeitbeschäftigten im Angestelltenverhältnis in Vollzeit bringen können oder Beamtinnen und Beamten nicht erst im Januar 2009, sondern bereits im Dezember 2008 die Beförderungsurkunde überreichen können.

vau: Was heißt das für die Zukunft?

Klaus Wilzer: Es kann doch nicht richtig sein, dass junge Beamtinnen und Beamte in den Eingangsämtern ewig auf ihre erste Beförderung warten müssen, während sie gleichzeitig als Leistungsträger bezeichnet werden. Gleiches gilt natürlich für Angestellte, denen seit Jahren berechtigte Höhergruppierungen vorenthalten werden. Das muss sich ändern. Und wir müssen uns endlich ernsthaft um eine nachhaltige Gesundheitsförderung und eine wirkliche Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf kümmern und es nicht bei Alibiveranstaltungen à la „Wohlbefinden im Büro“ belassen.

Notebooks mit Zahlenblock

Zu Beginn des Jahres trafen sich – wie von ver.di und dem GPR angeregt – die Bp-Betreuer der Finanzämter mit den Kollegen des Bp-Referats, um sich über die Beschaffung der neuen Notebooks zu verständigen. Erfreulich für alle Kolleginnen und Kollegen im Außendienst: Es werden nun doch Notebooks mit integriertem Zahlenblock angeschafft. Auch einem anderen Anliegen kam SenFin nach: Trollis sollen mindestens für alle Beschäftigten im Außendienst, die ein entsprechendes ärztliches Attest vorweisen können, zur Verfügung gestellt werden. Über eine unbürokratischere Lösung wird noch nachgedacht. Außerdem sollen die Treffen der Betreuer mit dem Fachreferat wieder regelmäßig erfolgen.

Völlig losgelöst

SenFin zeigt erneut Realitätsferne

Die neue Arbeitsanweisung bezüglich des Veranlagungszeitraums 2008 kommt harmlos daher. Unter der Überschrift „MÜST – Liste zur weiteren Bearbeitung der ausstehenden Steuererklärungen VZ 2008“ haben zunächst viele Kolleginnen und Kollegen der Festsetzungsplätze eine weitere Arbeitsliste vermutet, die „zur Unterstützung“ der Plätze zur Verfügung gestellt wird. Diejenigen jedoch, die bis zum Schluss lasen, waren zunächst verblüfft, dann ungläubig, schließlich empört und über den erneuten Beweis der Ignoranz unserer Oberbehörde gegenüber den Beschäftigten in den Finanzämtern entsetzt. Die zitierfähigen Äußerungen gingen von „So ein Irrsinn!“, „Die müssen sich vertippt haben!“ bis „In welcher Welt leben die eigentlich??“.

SenFin will, dass bei der Bearbeitung der in der MÜST-Liste ausgewiesenen Fälle der vollständige Abschluss des Veranlagungsverfahrens für den VZ 2008 erreicht wird. Bei fehlendem Erklärungseingang wird die Schätzung der Besteuerungsgrundlagen angeordnet, regelmäßig unter Festsetzung von Verspätungszuschlägen. In jedem Fall ist der MÜST-Status zu prüfen und nicht abschließend bearbeitete Sachverhalte müssen angegangen werden. „Die Abarbeitung der Liste sollte bis zum 31. März 2010 abgeschlossen sein.“

Die Senatsverwaltung hat bei dieser Fristsetzung wohl die Tatsache ignoriert, dass Ende Februar 2010 von rund 580 000 Est-Veranlagungen erst knapp 440 000 Fälle erledigt waren und nach den MÜST-Daten sich noch ca. 30 000 Erklärungen in den Schränken befanden. Folglich wären also rund 110 000 Schätzungen durchzuführen gewesen. Und dies in einem Zeitraum von gut zwei Wochen! Die Senatsverwaltung fühlte sich missverstanden und hat durch die nachgeschobene Schnellmitteilung 26/10 die Situation noch verschlimmert: Weil „die Abgabequoten unbefriedigend sind“, SenFin aber freie Arbeitskapazitäten in den Festsetzungsplätzen von Februar bis April ausgemacht haben will, verlängert sie die Frist für die Abarbeitung der Liste großzügig bis zum 30. April 2010. Damit hat sie nunmehr alle in den Ämtern von ihrer Realitätsferne überzeugt.

Es kann hier nur schwer dargestellt werden, wie viel Wut und Entsetzen diese Anweisung ausgelöst hat. Sie beweist leider wieder, dass es Einigen in der Ober-

behörde sowohl an Verständnis der Arbeitsabläufe in den Finanzämtern als auch an jedwedem Einfühlungsvermögen für die Menschen dort fehlt. Sie erleben ja auch nicht weinende Kolleginnen, die von Schlafstörungen und Migräne berichten und von ihrer Ohnmacht, dem Arbeitsdruck nicht mehr standhalten zu können. Oder von Kollegen, die einsilbig und verschlossen ihren Dienst tun und mit Rückenschmerzen, Magengeschwüren oder Burn-Out-Syndrom dann irgendwann über Wochen und Monate ausfallen. Die Krankenquote, die durch SenFin immer über die „Gesundheitsquote“ dargestellt wird, damit sie nicht so übel klingt, ist alarmierend hoch: Für 2009 dürfte der Krankenstand bei ca. 10 Prozent im Durchschnitt gelegen haben.

Damit weitere Anweisungen dieser Qualität in Zukunft unterbleiben mögen, müssten die Verantwortlichen aus der Senatsverwaltung für Finanzen für die Dauer von drei Monaten an die Finanzämter abgeordnet werden. Dies würde für viele erhellende Erfahrungen sorgen und derartige Runderlasse vermeiden helfen.



vau

Impressum

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di, Bezirksverwaltung Berlin, Köpenicker Straße 30,
10179 Berlin

Verantwortlich für den Inhalt: Antje Thomaß,
antje.thomass@verdi.de

Redaktion: Klaus-Dieter Gössel, Jörg Bewersdorf, Daniela Ortman

Layout: Manfred Schultz

Herstellung: tableau GmbH

Ausdruck eines Beitrittsformulars unter

www.vau-online.de

www.verdi.de

www.verdi.de/berlin/fachbereiche/fb_06

www.bb-verdi.de

Leserbriefe an: info@vau-online.de



Abgeordnetenhaus B E R L I N

Drucksache 1 a/0815
Kleine Anfrage

16. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Richard Löwenherz (parteilos)
vom 1. April 2010**Berliner Finanzämter 2010**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre kleine Anfrage wie folgt:

1. Stimmt es, dass die Senatsverwaltung für Finanzen dem hohen Krankenstand in den Berliner Finanzämtern durch die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Wohlbefinden im Büro“ begegnet ist?

Zu 1. Das ist richtig! Die Senatsverwaltung für Finanzen hält die Arbeitsgruppe für das wesentliche Instrument der Gesundheitsvorsorge. Schon mit der Bezeichnung der Arbeitsgruppe wird deutlich, welch hohen Stellenwert die Leitung des Hauses dem Wohlbefinden ihrer Beschäftigten beimisst.

2. Wie wurden die Teilnehmer der Arbeitsgruppe ausgewählt?

Zu 2. Teilnehmer der Arbeitsgruppe sind ausgewiesene Fachkräfte, die sich mit „Wohlbefinden im Büro“ in Theorie und Praxis besonders gut auskennen, d. h. Vertreter der Vorsteher der Berliner Finanzämter sowie Referatsleiter und Abteilungsleiter aus der Senatsverwaltung der Finanzen.

3. Welche weiteren Instrumente setzt die Senatsverwaltung für Finanzen zum Abbau des Krankenstandes bisher erfolgreich ein?

Zu 3. Die Senatsverwaltung für Finanzen begegnet dem Krankenstand außerdem durch öffentliches Nichtgutheißen desselben sowie gezielte Maßnahmen der Personalentwicklung im politischen und operativen Leitungsbereich. Durch die Beförderung des ehemaligen Finanzsenators Dr. Thilo Sarrazin auf einem Vorstandssessel der Bundesbank, die Unterbringung des bisherigen Staatssekretärs Klaus Teichert zu Lasten des Hamburger Senats und die Versetzung des bisherigen Leiters des Zentralen Services der Senatsverwaltung Wolfgang Dobberke zum Stellenpool konnten erfolgreich krankmachende Faktoren abgebaut werden. Auch der flächendeckende Personalabbau in den Finanzämtern hat zwangsläufig zum Abbau des nominellen Krankenstandes geführt.

4. Stimmt es, dass sich die Senatsverwaltung für Finanzen durch die Neubesetzung der politischen Leitung nachhaltige Erfolge zur Reduzierung des Krankenstandes verspricht?

Zu 4. Der Senat von Berlin war sich bei der Neubesetzung der Position des Senators für Finanzen mit Dr. Ulrich Nussbaum bewusst, dass der Verzehr von Fisch aus ernährungsphysiologischer Sicht zu befördern ist und sich positiv auf die Gesundheitsquote auswirken wird.

Berlin, den 1. April 2010

In Vertretung

Dr. Siegfried Schlawiner
Senatsverwaltung für Finanzen

Fliehende Fische

Donnerstagfrüh am Olympiastadion. Finanzsenator Nussbaum besichtigt das Ausbildungszentrum der BVG. In der Halle der Mechatroniker steht ein Aquarium, es ist aber kein Fisch zu sehen. „Wo sind die Fische?“ fragt Nussbaum. Darauf ein Azubi: „Die verstecken sich vor Ihnen, weil Sie eine Fischfabrik haben!“

(Aus „Der Tagesspiegel“)